

Saale-Zeitung.

Anzeigen werden die Spaltenbreite über dem Raum mit 30 Pf., falls aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in der Expedition, von unseren Annoncenstellen und allen Annahmestellen angenommen.

Bezugpreis Nr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postamtlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Nr. 137. Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 22. März 1902.

Politische Wochenschau.

Allmählich beginnt es still zu werden auf dem weiten Gebiete der Politik. Die Differenzierung fordert ihre Rechte. Die Landboten zwar sind die ganze Woche hindurch noch emsig an der Arbeit gewesen, um das Integrität ihrer Redefreiheit nachzuweisen, aber wenn diese Stellen geleert werden, sind auch die voranschreitend schon ihrem heimischen Berufen zugewandt, um der lang entbehrten häuslichen Besinnlichkeit zu pflegen, die ihren glücklicheren Kollegen vom Reichstag seit einer vollen Woche schon vergönnt ist.

Schaft zwischen zwei Völkern zu erhöhen, selbst wenn diese Freundschaft nicht durch Brief und Siegel verbürgt ist. Hat doch eben erst wieder England gemeinsam mit Frankreich gezeigt, daß es geriet zu sein gedient, wenn der Augenblick da ist, der die Auseinandersetzung über die Vorbereitung in Orien unter den Mächten bringen muß.

In China gibt es allerdings auch wieder bedenklich und der Telegraph weiß von blutigen Schlächten zu berichten, die zwischen russischen und japanischen Truppen geschlagen und zu Ungunsten der letzteren ausgefallen sein sollen. Aber zunächst liegt für die Mächte noch keine Veranlassung vor, sich da hineinmischen, wie wir überhaupt auf dem Standpunkte stehen, daß der amerikanischen Vorschlag, der chinesischen Regierung internationale Truppen zur Wiederherstellung des Friedens zur Verfügung zu stellen, durchaus vorzeitig nicht nur, sondern gänzlich inaktabel war.

Deutsches Reich.

Der Kaiser hat heute nach seiner Fahrt früh um 8 Uhr erholend wieder nach Berlin dem Reichskanzler Grafen von Bülow einen längeren Besuch ab. Der Kronprinz hat gestern früh nach 12 1/2 Uhr mittags in Oskarstr. die hochwichtige Sechsenministerkonferenz der Stadt und Roste um 3 1/2 Uhr nach Berlin weiter.

Das Ergebnis der Reichstagswahl in Breslau, in welcher der sozialdemokratische Kandidat Eduard Bernstein mit 14,629 Stimmen gewählt wurde, während der Kandidat der Freiwirtschaftlichen Volkspartei, Reichsanwalt Heiberg, 6408 Stimmen, der konservativ-kristliche Kompromiß-Kandidat Hellerode 4425 Stimmen, der Antikristen Wold 322 Stimmen erhielt, erscheint in zweifacher Hinsicht von der größten Bedeutung.

Dieses Wahlergebnis ist aber auch nach einer anderen Richtung besonders lehrreich. Der sozialdemokratische Kandidat ist zwar im ersten Wahlgange mit einer immerhin nicht unansehnlichen Majorität gewählt worden, das Mandat darf aber keineswegs betrachtet werden. Von demotragische als eine solche es dem Wahlergebnis nach, 14,629 Stimmen, nicht weniger als 18,250 Wähler für die sozialdemokratische Partei hätten sich unter diesen Umständen abgegeben, wenn sie in einem verbindlich gemachten Grade befanden: Eduard Bernstein war für die Breslauer Sozialdemokraten sicherlich der beste Kandidat, die die Parteiliste dort aufstellen konnte; es ist sehr zu bezweifeln, ob ein anderer sozialdemokratischer Kandidat seine Stimmenzahl erreicht hätte. Man darf also wohl annehmen, daß der überzählige Teil der von dem heiligen Wahlloft ferngebliebenen Wähler den bürgerlichen Parteien angehört und zwar derjenigen politischen Richtung, die vorgerückter als einige andere ansehnlichen Stimmenzuwachs

zu verzeichnen hat. Dadurch eröffnet sich dem bürgerlichen Liberalismus eine erfreuliche Perspektive für die nächste Wahl.

Politisches.

Bur Frage der Gewährung von Väten an die Mitglieder der Zolltariffkommission verbreitet die „N. Pol. Korr.“ folgende Information:

Seitens der Zentrumspartei sind lebhafteste Anstrengungen gemacht worden, um gelegentlich der an die Zolltariffkommission für ihre Tagung zu bewilligenden Bauvollstreckung zugleich Väten für alle Reichstagsmitglieder durchzuführen. Wie wir entnehmen, ist auch mit der Regierung eine entsprechende Verhandlung eingeleitet worden, deren Einzelheiten wir jedoch nicht zu veröffentlichen in der Lage sind. Die „N. Pol. Korr.“ pflegt sich einen offiziellen Auftrieb zu geben. Aus der vorliegenden Mitteilung, an deren Zutreffen wir nicht ohne weiteres glauben, ist nicht zu ersehen, ob sich die verbandelten Regierungen, von der Wichtigkeit getrieben, den Reichstag beschuldigung zu erhalten, dazu verstehen, nur während der Tagung der Zolltariffkommission außer deren Mitglieder auch den übrigen Reichstagsabgeordneten Väten zu gewähren, oder allgemein und dauernd den Reichstagsmitgliedern dieses Zugeständnis zu machen.

Der „Sanktgauger für Württemberg“ begrüßt den gehen in Entzweit einfortschrittlichen Württemberg-präsidenten Grafen v. Crailsheim als den letzten Minister eines freibereitenden Kabinets und hofft, daß sein Reich am föhnligen Hofe, obgleich er zunächst nur ein Akt der Courtoisie ist, dennoch die erwünschte Gelegenheit zu einem in einem Reichstagstagung, über ein mandigere neue Tagungsfrage bieten und somit dazu beitragen werde, die zwischen Bayern und Württemberg bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu fördern und zu befestigen.

Wirtschaftspolitische.

Arbeitsmeldungen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet zufolge herrscht angeleglich in den letzten Tagen vorgenommene Maschinenkündigungen unter den Belgien eine große Bekümmernis. Am heutigen Sonnabend sollen auf weiteren beiden Getriebungen in gleicher Umlänge stattfinden. Auf der sechs Herkules werden der Belgier 20 Pros. Abzug auf Gehalts und 20 bis 40 W. Lohnabzug angeordnet. Das Dortmunder Isottafrühling Arbeiterblatt glaubt, daß die Beiden über ein gemeinsames Vorgehen nach dieser Richtung hin schlüssig geworden sind.

Parlamentarisches.

An neuen Vorträgen sollen dem Abgeordnetenhaus nach den „Berl. Anzeig.“ noch in dieser Session zugehen. Die Verhandlung über die höheren Verwaltungsgeldern, über die Vertretung auf den Reichstagen der Provinz Posen und bezüglich Errichtung einer Hafenbahn in Weidewich bei Dübrow.

Das Herrenhaus gebent heute Sitzungen am 26. April wieder aufzunehmen, nachdem das Abgeordnetenhaus den Etat erledigt hat.

Verwaltung und Reichstages.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Staatssekretärs des Reichspostamts, wonach vom 1. April ab innerhalb des Reichspostgebietes für den Umlauf der in den Händen des Publikums unbrauchbar gewordenen, amtlich ausgetriebenen Formulare zu Kartenbüchern, Wochenschriften und Postanordnungen mit Wertstempel eine Gebühr von 1 Pfennig pro Stück erhoben wird.

Gegen den Pastor Petri in Braunshweig ist das Disziplinargericht eingeleitet worden wegen heftiger Nebenfälle auf Nichtvolles.

Kriminalfälle.

In Kamerun ist das Hochgebiet durch Oberleutnant Lehner unterworfen worden. Die Eingeborenen haben den seit Jahren gelandeten bürgerlichen Hauptling Hahlii ausgeliefert. Derselbe ist wegen mehrfachen Mordes, Verführung von Menschenfleisch und Raubtats zum Tode verurteilt und in Gegenwart von 39 Hauptlingen des Agaloo- und Balimo-Gebietes gefängt worden.

Brennlicher Landtag.

53. Sitzung vom 21. März. 11 Uhr.

Das Haus ist außerordentlich besch. Im Ministerkabinett: Kommissar. Die erste Beratung der Eisenbahnvorlage wird fortgesetzt.

Die Abg. Werner (Antikr.), v. Bielewicz (Antikr.), Hoffe (Antikr.), Wenzel (Antikr.), Ernst (Antikr.), Naddy (Antikr.), Graf v. d. Redeb., Holmeyer (Antikr.), Gorte (Antikr.), Wires (Antikr.), v. Berden (Antikr.), Ziegenhauer (Antikr.), Zimm (Antikr.) und Dr. Müller (Antikr.) bringen die Abg. in der Sitzung zur Sprache.

Abg. Schanze (Antikr.) protestiert gegen eine vom Abg. Gothein in einer Breslauer Verammlung gethane Aeußerung, daß der wirtschaftliche Niedergang Schlesiens seit der Uebernahme in Preußen datiere. Der Niedergang Schlesiens ist gerade zur Zeit des 20jährigen Krieges am stärksten gewesen, er habe sich aber auch im folgenden Jahrzehnt noch immer bemerkbar gemacht und erst seitdem Schlesiens an Preußen gekommen ist, habe es in wirtschaftlicher Beziehung einen Aufschwung genommen. Es ist also gerade das Gegenteil von dem richtig, was Herr Gothein behauptet habe.

Abg. Dr. Baummann (Antikr.) wünscht eine direkte gerade Verbindung von Bonn und Köln, da die jetzigen Verbindungen zu große Bogen machen und außerdem der Entlastung bedürftig.





